

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2022

**DER DELEGATION FÜR DIE
EWR/EFTA-PARLAMANTARIERKOMITEES**

**Parlamentarierkomitee
der EFTA-Länder (CMP)**

**Parlamentarierkomitee
der EWR/EFTA-Staaten (MPS)**

**EWR- und EU-
Parlamentarierkomitee (JPC)**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung	3
II.	Handelsseminar am 8. und 9. Februar 2022 per Videokonferenz.....	4
III.	MPS-Bureau und weitere Treffen am 27. April 2022 in Brüssel	6
IV.	Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee vom 23. bis 25. Mai 2022 in Oslo	6
V.	EFTA-CMP und EFTA-Ministerinnen vom 19. bis 21. Juni in Borgarnes	8
VI.	Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees vom 5. bis 9. September 2022 in Bangkok	9
VII.	Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee am 19. und 20. Oktober 2022 in Strassburg	12
VIII.	EFTA-CMP und weitere Treffen am 22. und 23. November 2022 in Brüssel.....	14
IX.	Zusammenarbeit.....	15
X.	Kostenaufwand der Delegation	15
XI.	Schlusswort und Antrag.....	15

I. Einleitung

Mit dem Jahresbericht 2022 der EWR/EFTA-Parlamentarierdelegation wird der Hohe Landtag gemäss Artikel 61 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Landtag vom 19. Dezember 2012 über die Ständigen Delegationen über die Sitzungen der EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees informiert.

1. Zusammensetzung der Delegation

Die liechtensteinische Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees wurde nach den Landtagswahlen im Februar 2021 an der Eröffnungssitzung des Landtags am 24. März 2021 gewählt und setzt sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Günter Vogt, Delegationsleiter
- Abg. Daniel Seger, ordentliches Mitglied
- Stv. Abg. Hubert Büchel, stellvertretendes Mitglied
- Abg. Karin Zech-Hoop, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin



2. Allgemeines zu den EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees

Das Fürstentum Liechtenstein ist in den folgenden drei Parlamentarierkomitees mit jeweils zwei stimmberechtigten Abgeordneten vertreten:

- Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder
Committee of Members of Parliament of the EFTA Countries (CMP)
- Parlamentarierkomitee der EWR/EFTA-Staaten
Committee of Members of Parliament of the EFTA States (MPS)
- Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee
Joint Parliamentary Committee (JPC)

Im Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder (CMP) sind Parlamentarier aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz vertreten. Das Komitee befasst sich mit Fragen, welche die EFTA als Ganzes sowie Drittlandbeziehungen der EFTA betreffen. Dazu nehmen die Delegierten auch an Treffen mit Parlamentariern anderer Staaten teil, insbesondere mit Delegierten von EFTA-Vertragsstaaten sowie mit Vertretern aus Ländern, mit denen sich die EFTA in Vertragsverhandlungen oder die EU in Beitrittsverhandlungen befindet. Das Parlamentarierkomitee der EFTA kommt mehrmals jährlich zusammen. Dabei trifft es jährlich auch den EFTA-Ministerrat und das Konsultativkomitee der EFTA. Letzteres setzt sich aus Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sämtlicher Mitgliedsländer

zusammen. Sowohl das Parlamentarier- wie auch das Konsultativkomitee sind Beratungsgremien.

Mit dem Inkrafttreten des EWR wurde 1994 zusätzlich das Komitee der Parlamentarier aus den EWR/EFTA-Staaten (MPS) gebildet. Dieses befasst sich im Speziellen mit Fragen des EWR und gibt Stellungnahmen zu Angelegenheiten des EWR ab. Jährliche Treffen finden hierzu seit 2009 zusätzlich mit dem Ständigen Ausschuss der EWR/EFTA-Minister statt. Norwegen ist im MPS mit sechs und Island mit vier Parlamentariern vertreten. Die Schweiz hat einen Beobachterstatus. Seit 2011 finden zudem sporadische Treffen mit dem am 22. Juni 2010 gegründeten informellen EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden statt.

Das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee (JPC) besteht sowohl aus Mitgliedern der nationalen Parlamente der EWR/EFTA-Staaten wie auch aus einer Delegation des Europäischen Parlaments. Die Schweiz verfügt in diesem Gremium über einen Beobachterstatus. Das JPC ist nicht direkt in das EU-Beschlussfassungsverfahren involviert, kann aber in der Vorphase indirekt, zum Beispiel über die Verabschiedung von Resolutionen, am EU-Rechtsetzungsprozess mitwirken (Decision Shaping). Durch den Dialog und die Beratung trägt das Komitee zu einem besseren Verständnis zwischen der Europäischen Union und den EFTA-Staaten bei. Dazu nehmen auch Vertreter des EWR-Rats, des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) zwecks Informations- und Meinungsaustauschs an den Sitzungen teil. Das Komitee tritt üblicherweise zweimal im Jahr zusammen.

II. Handelsseminar am 8. und 9. Februar 2022 per Videokonferenz

Im Mittelpunkt des Treffens standen die neuesten Entwicklungen der Handelspolitik der Europäischen Union, die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem multilateralen, regelbasierten System, die WHO sowie Drittlandbeziehungen der EFTA. Das Treffen bot Gelegenheit, sich mit verschiedenen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Vertretern der EU-Kommission sowie hochkarätigen Referenten von universitären Forschungseinrichtungen auszutauschen.

Liechtenstein war an diesem Treffen mit den Abgeordneten Günter Vogt und Daniel Seger sowie der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den liechtensteinischen Abgeordneten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenfalls nahmen Mitglieder des Konsultativkomitees der EFTA als Beobachter teil.

Handelsseminar mit hochrangigen Referenten

Niclas Poitiers, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Brüsseler Thinktanks Bruegel, informierte über die aktuelle Situation in der WTO. Die Doha-Runde befinde sich seit mehr als 20 Jahren im Verhandlungsstadium, ohne dass die Mitglieder eine Einigung erzielen konnten. Dies habe mehrere Ursachen, sei aber unter anderem auf die Veränderung der Stärke zwischen den Mitgliedern und eine grössere Vielfalt in ihren Positionen zurückzuführen. Dies habe zu einer Lähmung der europäischen Handelspolitik geführt. Die EU habe darauf mit der Unterzeichnung von vielen Freihandelsabkommen reagiert, die jedoch noch nicht ratifiziert seien, und bei vielen sei die Gelegenheit dazu verpasst worden.

Seitens der Europäischen Kommission berichtete Léon Delvaux über die neuesten Entwicklungen der europäischen Handelspolitik. Die Verhandlungen mit Australien, Neuseeland, Chile und Indonesien seien im Gange, während mit Indien neue Möglichkeiten ausgelotet und die Verhandlungen mit Thailand und Malaysia möglicherweise wieder aufgenommen würden. Die EU setzte sich weiterhin für die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Mercosur ein. Die Kommission habe versucht, neue Plattformen zur Erörterung von Handels- und insbesondere Regulierungsfragen zu entwickeln. Ein Beispiel dafür ist der EU-US-Handels- und Technologierat, ein Kooperationsforum, das darauf abzielt, die Handelsmöglichkeiten zu verbessern, die Zusammenarbeit bei Vorschriften zu ermöglichen und Massnahmen zu koordinieren. Es würde beispielsweise ermöglichen, gemeinsam Standards festzulegen und Investitionsprüfungen vorzunehmen. Die Kommission arbeitet auch an einer WTO-Reform.

Sébastien Miroudot, Analyst für Handelspolitik bei der OECD, informierte das Parlamentarierkomitee über die Historie von globalen Wertschöpfungsketten und die damit verbundenen Herausforderungen speziell im Zusammenhang mit der Pandemie. Er erklärte, warum die Mängel und Engpässe auftraten. Er hielt fest, dass die Wertschöpfungsketten angesichts des Ausmaßes des Nachfrageschocks relativ gut reagiert haben. Knappheit und Engpässe würden nicht von Dauer sein. Eine zentrale Frage sei, ob die Lieferketten in Zukunft widerstandsfähiger sein würden.

Dr. Malorie Schaus, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Denkfabrik zur europäischen Integration, gab einen Überblick über die aktuellen Herausforderungen des multilateralen, regelbasierten Systems und den Reformbedarf der WTO. Die meisten der Herausforderungen stellten die Bedeutung der WTO nicht infrage. Die EFTA-Parlamentarier tauschten sich mit Wolf Meier-Ewert, Berater im WTO-Sekretariat, über eine mögliche vorübergehende Aussetzung von Patentrechten von verschiedenen Technologien und Produkten im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie aus. Des Weiteren diskutierte das Komitee mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments über aktuelle EU-Initiativen und -Gesetzesvorschläge im Bereich der Durchsetzung von Handelsabkommen, welche derzeit von den EU-Institutionen verhandelt werden.

Austausch mit dem thailändischen Botschafter bei der EU

In Vorbereitung des geplanten Arbeitsbesuchs in Bangkok im Herbst fand ein Meinungsaustausch mit dem thailändischen Botschafter bei der EU Sek Wannamethee, statt. Er führte aus, dass Thailand derzeit in Handelsverhandlungen mit der EU steht, und informierte das Parlamentarierkomitee über das dynamische Handels- und Investitionsumfeld in Südostasien und die Rolle Thailands in der Region. Thailand betrachte ein Freihandelsabkommen mit der EFTA als ein positives Signal angesichts der Tatsache, dass die thailändischen Produkte und Know-how in anderen Sektoren angesiedelt sind als die der EFTA-Staaten. Zusammenfassend sagte der Botschafter, dass das Freihandelsabkommen ehrgeizig, zukunftsorientiert und nachhaltig sein solle. Der geplante Besuch des EFTA-Parlamentarierkomitees in Bangkok sei wichtig, da es sich so aus erster Hand über die thailändische Politik und die Bemühungen um die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele informieren könne.

III. MPS-Bureau und weitere Treffen am 27. April 2022 in Brüssel

An diesem Treffen nahmen die Abgeordneten Günter Vogt (Delegationsleiter) und Daniel Seger teil. Neben den liechtensteinischen Abgeordneten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso waren verschiedene Abgeordnete des Europäischen Parlaments anwesend. Im Zentrum des Treffens standen der Krieg in der Ukraine sowie die Zusammenarbeit und der Austausch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments.

Verschiedene Treffen

Das Parlamentarierkomitee traf gemeinsam mit Andreas Schwab, Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlaments für die EFTA-Länder, Botschafter Vsevolov Chentsov, Leiter der ukrainischen Mission bei der Europäischen Union. Der Botschafter informierte das Komitee über die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine. Dabei drückte das Komitee seine Solidarität mit dem ukrainischen Volk aus und erklärte, dass die EFTA den Einmarsch Russlands in die Ukraine aufs Schärfste verurteilt und Russland aufgefordert hat, die Situation sofort zu deeskalieren, die Feindseligkeiten einzustellen und seine Truppen unverzüglich aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet abzuziehen.

Mit Outi Slotboom, Direktorin für Strategie und Wirtschaftsanalyse der Direktion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Europäischen Kommission, diskutierte das Komitee über die Widerstandsfähigkeit des Binnenmarktes und des EWRs. Fragen der Ernährungs- und der Energiesicherheit wurden mit Norbert Lins, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments, und mit Christophe Grudler, Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie, diskutiert. Ein weiteres Treffen fand mit dem aus Polen stammenden Witold Waszczykowski, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, statt.

IV. Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee vom 23. bis 25. Mai 2022 in Oslo

Liechtenstein war an diesem Treffen mit den Abgeordneten Günter Vogt (Delegationsleiter) und Daniel Seger sowie der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Weitere Teilnehmer der Konferenz waren Parlamentarierdelegationen aus den EWR/EFTA-Staaten Norwegen und Island, Abgeordnete des Europäischen Parlaments und der Schweiz (Beobachter) sowie hochrangige Vertreter von diversen Institutionen.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Liechtensteins Botschafter bei der Europäischen Union, Pascal Schafhauser, informierte als EFTA-Vorsitzender des EWR-Rats das Komitee über das Funktionieren und die neuesten Entwicklungen im EWR-Abkommen seit dem letzten Treffen im August 2021. Er unterstrich, dass die gemeinsame Priorität der kommenden Monate sei, die Zahl der Rechtsakte, die in das EWR-Abkommen übernommen werden müssen, zu reduzieren. Nicolas Von Lingen, EU-Vorsitzender des gemeinsamen EWR-Ausschusses, hielt fest, dass der EWR das Instrument sei, mit dem die Europäische Union in der Lage war, die vertieften Beziehungen mit Drittländern herzustellen. Darüber hinaus sprachen Mariana Duque in ihrer Rolle als EU-Vorsitzende des EWR-Rats und Arne Røksund, Präsident der EFTA-Überwachungsbehörde.

Der Bericht «Annual Report of the EEA Joint Committee on the Functioning of the EEA Agreement in 2021» wurde von den Berichterstattern Christophe Grudler (MEP) und Ingibjörg Ólöf Isaksen (Island) vorgestellt. Die verabschiedete Resolution begrüsst unter anderem die rasche Verabschiedung einer Reihe von Covid-19-bezogenen Rechtsakte im Jahr 2021, wie zum Beispiel die Einführung des digitalen Covid-Zertifikats der EU.

Weitere diskutierte Themen

Das Parlamentarierkomitee diskutierte den Krieg in der Ukraine, die gemeinsame Reaktion der Europäischen Union und der EFTA-Staaten sowie die möglichen Auswirkungen der Krise auf den EWR. Dazu erläuterte der norwegische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Eivind Vad Petersson, die Zusammenarbeit Norwegens mit der EU während der jüngsten Krise in der Ukraine. Der ukrainische Parlamentarier Vadym Halaichuck unterstrich in seinen Ausführungen, dass mit diesem Krieg nicht nur die Ukraine, sondern die ganze zivi- lisierte Welt angegriffen wurde.

Zum Thema Europäisches CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) sprach Erlend Grimstad, Staatssekretär des norwegischen Finanzministeriums. Er hielt fest, dass die Herausfor- derungen darin bestehen werden sicherzustellen, dass die europäischen Bemühungen zur Re- duzierung von Emissionen zu einer signifikanten Verringerung der globalen Emissionen füh- ren werden und nicht zu einer Verlagerung der Emissionen in andere Regionen. Martin Do- razil von der Europäischen Kommission sprach über den geplanten Europäischen Gesund- heitsdatenraum. Brando Benifei, MEP und Berichterstatter des Ausschusses für Binnen- markt und Verbraucherschutz (IMCO), sprach über den Stand der Diskussionen im EU- Parlament über den Gesetzesentwurf über Künstliche Intelligenz. Ebenfalls wurden die Be- ziehungen der Schweiz zur Europäischen Union sowie die Beziehungen der EU und der EFTA-Staaten mit dem Vereinigten Königreich thematisiert. Dabei informierte Tsvetelina Penkova, MEP, über die jüngsten Entwicklungen und erklärte, dass die Europäische Union das Nordirland-Protokoll nicht neu verhandeln werde.

Das Komitee nutzte die Gelegenheit, sich intensiv mit dem ökologischen Wandel und dem Europäischen «Green Deal» auseinanderzusetzen. Der Europäische Grüne Deal ist Europas Wachstumsstrategie zur Bewältigung des Klimawandels und der Umweltzerstörung, mit welcher der Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft gelingen soll. Mit dem Europäischen Grünen Deal soll Europa bis 2050 klima- neutral werden. Dazu nahm das Komitee an einer Podiumsdiskussion mit dem Titel «The Road towards 1.5 Degrees and Industry Solutions for a Green Transition» teil. Dabei wurden alternative Energiequellen wie Offshore-Windparks, Förderung von blauem Wasserstoff, «Carbon Capture Storage (CSS)» sowie alternative Batterien diskutiert. Anschliessend be- suchte das Parlamentarierkomitee ein Projekt zur Energiegewinnung aus Abfällen. Es zeigte, wie mit wiederverwertbaren Abfällen Wärme und Strom für Oslo erzeugt und gleichzeitig Treibhausgasemissionen reduziert werden können. Ebenfalls konnte ein Projekt zur Kohlen- stoffdioxidabscheidung und -Speicherung besichtigt werden (CSS).

V. EFTA-CMP und EFTA-Ministerinnen vom 19. bis 21. Juni in Borgarnes

Das jährlich stattfindende Treffen zwischen dem EFTA-Parlamentarierkomitee, den EFTA-Ministerinnen und dem EFTA-Konsultativkomitee bot Gelegenheit, die Auswirkungen des Ukrainekriegs, die Beziehungen der EFTA mit Drittstaaten, die Stellung der EFTA in einem volatilen internationalen Handelsumfeld sowie die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zu diskutieren. Es waren die ersten physischen Treffen in diesem Format seit Beginn der Covid-19-Pandemie.

Liechtenstein wurde von den Abgeordneten Günter Vogt (Delegationsleiter) und Daniel Seeger vertreten. Weitere Teilnehmer waren Parlamentarierdelegationen aus den EFTA-Staaten Norwegen, Island und der Schweiz. Auf der Seite der Minister waren Þórdís Kolbrún Reykfjörð Gylfadóttir, isländische Aussenministerin, Janicke Andreassen, norwegische Staatssekretärin für Handel, Industrie und Fischerei, Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, schweizerische Staatssekretärin des Staatssekretariats für Wirtschaft, sowie Dominique Hasler, liechtensteinische Aussenministerin, vertreten.

Treffen mit den EFTA-Ministerinnen

Die Ministerinnen bekräftigten die Bedeutung eines regelmässigen Dialogs mit dem Parlamentarierkomitee sowie mit dem Konsultativkomitee, um die Unterstützung der EFTA-Handelsagenda durch die nationalen Interessengruppen sicherzustellen. Die Parlamentarier diskutierten zusammen mit Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden über die Rolle der EFTA in einem unbeständigen internationalen Handelsumfeld sowie über den Stand der Beziehungen der EFTA zu Drittstaaten.

Im Mittelpunkt der Diskussion mit den Ministerinnen standen die neuesten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen. Das Freihandelsnetz der EFTA verfügt aktuell über 29 Freihandelsabkommen mit einem Zugang zu 40 Partnern. Dabei wurde mehrfach die Bedeutung der EFTA-Freihandelsaktivitäten angesichts der wachsenden Spannungen und protektionistischen Tendenzen im Welthandel thematisiert.

Als weiteren wichtigen Traktandenpunkt wurden die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die EFTA und den EWR allgemein diskutiert. Darüber hinaus informierte die schweizerische Staatssekretärin über die neuesten Entwicklungen der Beziehungen der Schweiz mit der EU.

Treffen mit dem Konsultativkomitee

Das Parlamentarier- sowie das Konsultativkomitee kamen mit der kosovarischen Ministerin für Industrie, Unternehmertum und Handel, Rozeta Hajdari, und dem moldauischen Wirtschaftsminister, Sergiu Gaibu, zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen dem Kosovo beziehungsweise der Republik Moldau und den EFTA-Staaten.

Ebenfalls diskutierten die Komitees über die Auswirkungen der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Richtlinie über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung auf die EFTA und den EWR. Dazu stellte Maija Laurila seitens der Europäischen Kommission die Initiative vor.

Treffen mit dem stellvertretenden thailändischen Ministerpräsidenten

An seiner internen Sitzung erörterte der Parlamentarische Ausschuss der EFTA die neuesten politischen Entwicklungen in den EFTA-Ländern und sein Arbeitsprogramm für das zweite Halbjahr 2022. Er nutzte auch die Gelegenheit, um seinen Delegationsbesuch in Thailand Anfang September vorzubereiten und der politischen Unterstützung Ausdruck zu verleihen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen, die mit diesem Land noch am selben Tag formell wieder aufgenommen wurden. Die Leiter der Delegationen wurden dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Jurin Laksanawisit vorgestellt, der in Borgarnes anwesend war.



Die Leiter der parlamentarischen Delegationen trafen sich mit Thailands stellvertretendem Ministerpräsidenten, von links: Trine Lise Sundnes (Norwegen), Eric Nussbaumer (Schweiz), Jurin Laksanawisit, Ingibjörg Ólöf Isaksen (Island, Vorsitz), Günter Vogt (Liechtenstein) (Foto: EFTA).

VI. Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees vom 5. bis 9. September 2022 in Bangkok

Liechtenstein war an diesem Arbeitsbesuch mit den Abgeordneten Günter Vogt als Delegationsleiter und Daniel Seger sowie mit der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den liechtensteinischen Delegierten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Norwegen, Island und der Schweiz teil. Ebenfalls war ein Mitglied des EFTA-Konsultativkomitees als Beobachter anwesend.

Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Thailand wurden im Oktober 2005 aufgenommen und es fanden zwei Verhandlungsrunden statt. Aufgrund von innenpolitischen Schwierigkeiten in Thailand wurden die Verhandlungen ab 2006 bis 2022 von der EFTA ausgesetzt. Im Juni dieses Jahres trafen die EFTA-Minister den stellvertretenden Premierminister und Handelsminister Thailands, Jurin Laksanawisit, um die Verhandlungen zwischen der EFTA und Thailand über ein Freihandelsabkommen offiziell wieder aufzunehmen. Die erste Verhandlungsrunde fand Ende Juni in Bangkok statt.

Ziel des Arbeitsbesuchs

Ziel des Arbeitsbesuchs war es, die parlamentarische Dimension der Handelsbeziehungen zwischen der EFTA und Thailand zu fördern. Der Arbeitsbesuch wurde genutzt, um sich aus erster Hand mit verschiedenen Stakeholdern über die thailändischen Positionen in den Verhandlungen zu informieren und auf parlamentarischer Ebene das Interesse der EFTA-Staaten an einem umfassenden, ambitionierten Abkommen zu bekräftigen. Mit dem Abschluss eines Freihandelsabkommens sollen die Exportwirtschaften der EFTA-Staaten

einen möglichst diskriminierungsfreien Zugang zum thailändischen Markt erhalten, welcher die Rechtssicherheit erhöht und die nachhaltige Entwicklung fördert.

Verschiedene Treffen

Zu Beginn des Arbeitsbesuchs nahm das Komitee an einem Einführungsseminar über Thailands Innenpolitik und die wirtschaftliche Dynamik in Thailand teil. Es sprachen zwei prominente Professoren. In Bezug auf die politische Entwicklung Thailands wurde die politische Instabilität seit Anfang der 2000er Jahre hervorgehoben. Es wurden drei Hauptherausforderungen Thailands genannt: Thailands Bevölkerung altere und die Produktivität sei niedrig, der Dienstleistungssektor weise eine geringe Wertschöpfung auf und die ausländischen Direktinvestitionen seien rückläufig. Thailand befinde sich jedoch in einer guten Lage in Südostasien und sei gut in die regionalen Wertschöpfungsketten integriert. Thailand wolle sich wieder an Handelsgesprächen beteiligen und seine Wirtschaft modernisieren, um diese Herausforderungen zu bewältigen.

Ein Briefing fand mit den Leitern der Verhandlungsdelegationen seitens der EFTA und Thailand statt. Dabei informierten Markus Schlagenhof und Duangarhit Nidhi-U-Tai das Komitee über den Hintergrund der Verhandlungen, den aktuellen Stand der Dinge und die weiteren Aussichten. Der thailändische Vertreter führte aus, dass das Handelsmuster der EFTA und Thailand komplementär sei und ein Freihandelsabkommen beiden Seiten Vorteile bringe. Die Konsultationen in Thailand seien von den Behörden, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft positiv bewertet worden.

Ein weiteres Treffen fand mit Sinit Lertkrai, dem stellvertretenden Handelsminister, statt. Der Minister erklärte, dass Thailand bestrebt sei, die Verhandlungen mit der EFTA innerhalb von zwei Jahren abzuschliessen. Thailand verfüge bereits über 40 Freihandelsabkommen, aber dieses wäre das erste mit einem europäischen Partner. Die nachhaltige Entwicklung sowie die Förderung von KMU seien für Thailand von besonderer Bedeutung.



Die EFTA-Delegation mit dem stellvertretenden thailändischen Handelsminister, Sinit Lertkrai (Foto: EFTA).

Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Thani Thongphakdi, erklärte, dass Thailand immer sehr daran interessiert gewesen sei, Handelsabkommen abzuschliessen. Wichtige Themen seien Demokratie, Menschen- und Arbeitsrechte, nachhaltige Entwicklung, Landwirtschaft, geistiges Eigentum und öffentliches Auftragswesen. Die EFTA verfüge über die Technologie, um Thailand bei der Modernisierung und Ökologisierung der Wirtschaft zu helfen.

Der Präsident der Nationalversammlung, Chuan Leekpai, informierte das EFTA-Parlamentarierkomitee, dass die Nationalversammlung ein allfälliges Abkommen ratifizieren müsse. Er erklärt, dass er und seine Kollegen die Verhandlungen, deren Abschluss und den Ratifizierungsprozess voll unterstützten. Der Präsident des thailändischen Senats, Pornpetch Wichitcholchai, teilte der Delegation mit, dass der Senat den Prozess und die Ratifizierung unterstützten.

Ein Austausch fand mit dem britischen Botschafter in Thailand, Mark Gooding, statt. Das Vereinigte Königreich und Thailand haben einen Handelsdialog aufgenommen und bestimmte Sektoren von Interesse identifiziert. Beim Austausch mit David Daly, dem Botschafter der Europäischen Union in Thailand, informierte er über den Stand der Diskussionen zwischen der EU und Thailand.

Das Parlamentarierkomitee traf sich mit verschiedenen Vertretern der Zivilgesellschaften und NGOs. Diese bemängelten, dass sie nicht angemessen in den Prozess einbezogen worden seien. Eines der Hauptanliegen sei der Zugang der Bevölkerung zu essenziellen und bezahlbaren Arzneimitteln, welcher durch ein mögliches Freihandelsabkommen eingeschränkt werden könnte.

Das Komitee traf sich mit Vertretern der thailändischen Handelskammer. Der Vorsitzende führte aus, dass ein Freihandelsabkommen die Möglichkeit zum Austausch von Wissen, zur Förderung von Forschung und Entwicklung und zur Zusammenarbeit in verschiedenen Branchen wie der Lebensmittelproduktion sowie im Pharma- und Gesundheitssektor bieten würde. Ebenfalls würde es die Möglichkeit zur Verbesserung des Schutzes der Menschenrechte sowie der Arbeitsrechte bieten.



Der parlamentarische EFTA-Ausschuss mit Vertretern der thailändischen Handelskammer (Foto: EFTA).

Ebenfalls fand ein Treffen mit Vertretern des Eastern Economic Corridor (EEC) und des thailändischen Board of Investment statt. Der EEC ist ein grosses Infrastrukturprojekt, welches Thailand zum wichtigsten Tor nach Asien machen soll. Es befinden sich ein neuer internati-

onaler Flughafen sowie eine Schnellbahn, welche die drei Flughäfen im Grossraum Bangkok verbinden soll, im Bau. Ergänzt wird das Projekt durch eine Hafeninfrastuktur. Die Vertreter des Board of Investment stellten ihre Dienstleistungen vor, welche ausländischen Unternehmen, die sich in Thailand niederlassen wollen, angeboten werden.

Abschliessend an den Aufenthalt besichtigte das Parlamentarierkomitee die Nestlé Purina PetCare Factory ausserhalb Bangkoks. Dabei informierte die Geschäftsleitung über die Herausforderungen der thailändischen Wirtschaft. Des Weiteren tauschten sich die Parlamentarier mit dem Management der norwegischen Firma Aibel, (welche für Module für Produktionsschiffe, Plattformen und Onshore-Anlagen spezialisiert ist), aus.

Fazit des Arbeitsbesuchs

Die thailändischen Gesprächspartner waren gut über den Prozess informiert und daran interessiert, rasch ein Freihandelsabkommen mit der EFTA abzuschliessen. Das thailändische Ziel, das Abkommen in zwei Jahren abzuschliessen, wurde mehrfach erwähnt. Es zeigte sich, dass Thailand von der EFTA einen flexiblen Ansatz bei den Verhandlungen erwartet. Die thailändische Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften sehen den Abschluss eines Freihandelsabkommen teilweise eher kritisch. Der Besuch des EFTA-Parlamentarierkomitees stellte den bevorstehenden Verhandlungsprozess ins Zentrum von Parlament, der Ministerien sowie der Geschäftswelt und wurde von den thailändischen Gesprächspartnern positiv wahrgenommen.

Liechtenstein ist ein exportorientiertes Land und unterstützt die Verhandlungen und einen raschen Abschluss dieses FHA, nachdrücklich. Mehrere liechtensteinische Unternehmen wie Hilti und LGT Bank sind in Thailand aktiv und setzen auf gute Wirtschaftsbeziehungen. Ein Handelsabkommen bietet somit weitere Chancen für liechtensteinische Unternehmen.

Im Anschluss an das Treffen fand ein Austausch des liechtensteinischen Delegationsleiters mit dem Delegationsleiter Markus Schlagenhof, Botschafter und Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge und Leiter der FHA Verhandlungen zu den Inhalten der Präsentation zum bilateralen Güterhandel zwischen den EFTA-Staaten und Thailand statt.

VII. Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee am 19. und 20. Oktober 2022 in Strassburg

Liechtenstein war an diesem Treffen mit den Abgeordneten Günter Vogt (Delegationsleiter) und Daniel Seger vertreten. Weitere Teilnehmer der Sitzungen waren Parlamentarierdelegationen aus den EWR/EFTA-Staaten Norwegen und Island, Abgeordnete des Europäischen Parlaments und der Schweiz (Beobachter) sowie hochrangige Vertreter der verschiedenen Institutionen.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Der isländische Botschafter bei der Europäische Union Kristján Andri Stefánsson informierte als EFTA-Vorsitzender des EWR-Rats das Komitee über das Funktionieren und die neuesten Entwicklungen im EWR-Abkommen seit dem Treffen im Mai 2022. Er unterstrich, dass mit dem Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine und dem damit zusammenhängenden Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise der Binnenmarkt eng mit dem Krieg verbunden worden sei. Die ergriffenen Krisenmassnahmen hätten jedoch ermöglicht,

die Auswirkungen zu bewältigen und der voll funktionsfähige und moderne Binnenmarkt werde Erholung und Wachstum langfristig gewährleisten.

Nicolas Von Lingen, EU-Vorsitzender des gemeinsamen EWR-Ausschusses, betonte in seinen Ausführungen, dass das EWR-Abkommen das tiefgreifendste und umfassendste Abkommen sei, das die EU jemals mit internationalen Partnern geschlossen habe. Die Vorteile dieser langfristigen Beziehung werden in Krisenzeiten noch deutlicher. Es sei wichtig, die Verzögerungen bei der Übernahme von EU-Rechtsakten in das EWR-Abkommen zu verringern.



Die 58. Sitzung des Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschusses (Foto: EFTA).

Weitere diskutierte Themen

Das Parlamentarierkomitee diskutierte die neusten Entwicklungen im Krieg in der Ukraine, die Widerstandsfähigkeit der Energieversorgung, die Cybersicherheit im EWR-Raum, die Zusammenarbeit im Weltraum und das erste Treffen der neuen Europäischen Politischen Gemeinschaft.

Zum Thema Ukraine sprach der aus Polen stammende Witold Waszczykowski, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments und Co-Vorsitzender des Parlamentarischen Assoziationsausschusses EU-Ukraine. Ville Niinistö, Mitglied des Europäischen Parlaments, und Trine Lise Sundnes, Mitglied des norwegischen Parlaments, informierten über den Anstieg der Energiepreise und Massnahmen zur Sicherung der Widerstandsfähigkeit des EWR im Energiebereich.

Christophe Grudler, Berichterstatter des Europäischen Parlaments für das Unionsprogramm für sichere Konnektivität, stellte den Vorschlag zur Entwicklung der europäischen Infrastruktur für sichere satellitengestützte Konnektivität vor. Gemeinsam mit Kenneth Bahr von der norwegischen Weltraumagentur erörterten die Mitglieder die Beteiligung der EWR/EFTA-Staaten durch das EWR-Abkommen. Christophe Grudler erklärte, dass die derzeitigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Einschränkungen, die EWR/EFTA-Staaten hindern am Programm im Rahmen des EWR-Abkommen teilzunehmen. Aber sobald die Teilnahme durch ein bilaterales Abkommen sichergestellt sei, werden die EWR-EFTA-Staaten in den Genuss der vollen Teilnahme und der Vorteile kommen, sowohl für die staatlichen als auch für die kommerziellen Dienste.

Das Parlamentarierkomitee befasste sich auch mit der europäischen Zusammenarbeit im Anschluss an das erste Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft. David McAllis-

ter, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, informierte, dass der erste Gipfel der Europäischen Politischen Gemeinschaft ein Erfolg war. Es kamen 44 europäische Staats- und Regierungschefs zusammen, die sich sonst nicht regelmässig treffen. Er werde eine langfristige Zusammenarbeit mit einer europäischen Perspektive gewährleisten. Heidi Nordby Lunde, die den Standpunkt der EWR/EFTA-Staaten vertrat, sagte, dass alle Möglichkeiten, die eine friedliche Zusammenarbeit fördern, genutzt und es vermieden werden sollte, bestehende Strukturen zu duplizieren

VIII. EFTA-CMP und weitere Treffen am 22. und 23. November 2022 in Brüssel

Liechtenstein war an diesem Treffen mit dem Abgeordneten Daniel Seger und der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Weitere Teilnehmer waren Parlamentarierdelegationen aus den EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz. Ebenfalls waren die EWR/EFTA-Minister und die Vertreter des Konsultativkomitees der EFTA-Staaten anwesend.

EFTA-CMP

Das Parlamentarierkomitee traf sich mit hochrangigen Beamten der Europäischen Kommission sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von Thinktanks, um sich mit ihnen über die jüngsten Entwicklungen des handelspolitischen Umfelds sowie über aktuelle Herausforderungen auszutauschen. Dabei wurden verschiedenste Themenbereiche wie die Stärkung von KMU in Freihandelsabkommen, das überarbeitete EU-Konzept für Handel und nachhaltige Entwicklung, der Handels- und Technologierat EU-USA sowie die Aussichten für die Erweiterung der EU und den EWR diskutiert. Ebenfalls standen verschiedene Gesetzesvorschläge der Europäischen Kommission wie das Notfallinstrument für den Binnenmarkt und das mögliche Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf der Agenda.

Weitere behandelte Themen waren die auf EU-Ebene diskutierten Massnahmen zur Eindämmung des Anstiegs der Energiepreise sowie die laufenden Verhandlungen zwischen der EU und Indien über ein Freihandelsabkommen. Abschliessend wurde die norwegische Delegationsleitung als Vorsitzende für das Jahr 2023 bestellt.

Treffen mit dem Vorsitzenden des EFTA-Rats

Das EFTA-Parlamentarierkomitee und das Konsultativkomitee der EFTA-Staaten trafen sich am 22. November mit Liechtensteins Botschafter Kurt Jäger. K. Jäger leitete in Vertretung von Aussenministerin Dominique Hasler die Sitzung. Das Treffen bot Gelegenheit, die Prioritäten des liechtensteinischen EFTA-Ratsvorsitzes (von Juli 2022 bis Juni 2023) zu diskutieren. Ebenfalls wurden der Stand der Unterstützungsmassnahmen der EFTA für die Ukraine, die jüngsten Entwicklungen in den EFTA-Drittstaatenbeziehungen, der Arbeitsbesuch der EFTA-Parlamentarierdelegation in Thailand und zukunftsweisende handelsbezogene Initiativen der EFTA-Länder diskutiert.

Das Treffen bot Gelegenheit, die Fortschritte bei horizontalen Prozessen zu erörtern. Dabei wurde die Überwachung der im Rahmen der Kapitel «Handel und nachhaltige Entwicklung» eingegangenen Verpflichtungen, die Bewertung der Auswirkungen von EFTA-Freihandelsabkommen auf die Nachhaltigkeit sowie die neue Initiative zur Ausarbeitung eines Musterkapitels über kleine und mittlere Unternehmen in EFTA-Freihandelsabkommen diskutiert.

Treffen mit den EWR/EFTA-Ministern

Am 23. November fand die gemeinsame Sitzung der EWR/EFTA-Minister, des EFTA-Parlamentarierkomitees sowie des EFTA-Konsultativkomitees statt. Auf der Agenda standen unter anderem die Themen Krieg in der Ukraine, die anhaltende Energiekrise sowie der ökologische und der digitale Wandel. Dieses jährliche Treffen findet jeweils in Verbindung mit dem EWR-Rat statt und bietet den beiden beratenden Gremien die Möglichkeit, aktuelle Fragen zum EWR-Abkommen sowie aktuelle Herausforderungen im Binnenmarkt mit den Ministern zu erörtern. Ebenfalls soll dieses Treffen Gelegenheit bieten Wissen auszutauschen und sich innerhalb der EFTA zu koordinieren mit dem Ziel den Einfluss der EFTA gegenüber der Europäischen Union auf die EWR-Zusammenarbeit zu maximieren.

MPS Büro Meeting zum Voranschlag 2023 der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA)

ESA-Präsident Arne Roksund stellte das geplante Budget über EUR 21'889'000, was einer Erhöhung von rund 15 Prozent zum Vorjahr entspricht, vor. Der liechtensteinische Beitrag am Gesamtbudget beträgt für das Jahr 2023 EUR 434'780. Die vorgeschlagene Erhöhung ergibt sich aus dem Teuerungsausgleich, der automatischen Erhöhung der Löhne sowie insbesondere aus der geplanten Schaffung von vier zusätzlichen Stellen für das Archivprojekt. Die Draft Opinion wurde diskutiert und mit Änderungen verabschiedet.

IX. Zusammenarbeit

Die Delegation stand in regelmässigem Kontakt mit dem Ministerium für Äusseres, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Stabsstelle EWR sowie der Ständigen Vertretung in Genf und der Botschaft in Brüssel. Anlässlich der Treffen in Brüssel fand ein Briefing mit Botschafter Pascal Schafhauser statt.

Die Positionsabstimmung innerhalb der zuständigen Gremien ist anspruchsvoll und sollte weiter ausgebaut und intensiviert werden, damit Liechtenstein gegen aussen gestärkt, einheitlich und geschlossen auftreten kann. Diese Abstimmung erfordert in diesem Kontext mit Sicherheit eine zukünftige Professionalisierung der Parlamentsstruktur.

X. Kostenaufwand der Delegation

Im Jahr 2022 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 34'344 (Vorjahr CHF 11'984). Die Taggelder machten im Jahr 2022 CHF 25'000 (Vorjahr CHF 16'000) aus.

XI. Schlusswort und Antrag

Als Vorinformation werden im Berichtsjahr 2023 der EWR/EFTA-Delegation zwei Treffen im Juni und Dezember in Liechtenstein stattfinden und Liechtenstein kann seine 30-jährige EFTA-Mitgliedschaft feiern.

Die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees bilden gerade für einen Kleinstaat wie Liechtenstein mit beschränkten aussenpolitischen Ressourcen eine interessante und effiziente Plattform für diesen gegenseitigen Austausch und die Beziehungspflege sowohl innerhalb der EWR- beziehungsweise EFTA-Staaten als auch mit Freihandelsabkommensstaaten. Der

fortlaufende multilaterale Dialog trägt zum besseren gegenseitigen Verständnis bei und unterstützt Verhandlungen im Bereich des Freihandels.

Die personelle Besetzung der liechtensteinischen Delegation ist im Vergleich zu den anderen Delegationen der EFTA-Staaten deutlich kleiner und besteht zudem nicht aus Berufs- sondern aus Milizpolitikern. Überdies können die Delegationsmitglieder nicht im gleichen Umfang auf unterstützende Ressourcen zurückgreifen.

Ich bin davon überzeugt, dass unsere Delegation auch mit diesen beschränkten Ressourcen für unser Land einen beachteten und positiven Beitrag leistet. Trotzdem müssen diese Strukturen überdenkt und einer möglichen Reform unterzogen werden.

Wir bitten den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2022 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Günter Vogt

Balzers, im Januar 2023